Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

26.1.1864 (No. 21)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 26. Januar.

Nr. 21. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

†† **Berlin,** 25. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Vormittagssitzung den Beschluß des Herrenhauses (s. u.) für null und nichtig erklärt. Der Minister Graf Eulenburg verliest sodann eine königl. Botschaft, den Schluß des Landtags auf heute Nachmittag 3 Uhr durch Hrn. v. Bismarck betreffend.

Hamburg, 24. Jan. (A. Ztg.) Das „Husum. Woch.-Bl." schreibt: Amtmann Johannsen hat sich nun doch entschlossen, das Ministerium Schleswigs zu übernehmen; er begibt sich demnächst nach Kopenhagen. Der Barometer zeigt 3 Grad Wärme. Wir haben Südwestwind. Die Kieler Landesregierung hat an die Polizeibehörden die telegraphische Verfügung erlassen: mit aller Sorgfalt bemüht zu sein, jeden Konflikt zwischen der Bevölkerung und den einrückenden österreichischen und preußischen Truppen zu verhüten.

Hamburg, 24. Jan., Mittags. (A. Ztg.) Die Temperatur neigt zum Frost. In der Altonaer Hauptkirche wurde heute Probst Nievert, als er die Kanzel betrat, tumultuarisch empfangen und zum Verlassen der Kirche gezwungen. Draußen mußte ihn das sächsische Militär vor der andrängenden Menge schützen, wobei der Bundeskommissär v. Könneritz ihn persönlich deckte. Dem Letztern brachte die Volksmenge ein Lebehoch. In Altona ward Abends durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben, daß Nievert um seinen Abschied eingekommen sei und die Stadt verlassen habe. Das Pfarrhaus sei als Stadteigenthum zu respektiren.

△ **London,** 25. Jan. Die „Times" hofft auf Erhaltung des Friedens. Die „Morn.-Post" sagt: Die deutschen Großmächte verwerfen den von Dänemark vorgeschlagenen sechswöchentlichen Aufschub, und es drohe der Ausbruch des Krieges. England dürfte kaum neutral bleiben, und mit Frankreich und Rußland Dänemarks Integrität vertheidigen.

Deutschland.

Frankfurt, 24. Jan. Der offizielle Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 22. d. M. lautet:

Oesterreich und Preußen gaben nachstehende Erklärung ab:

„Die Gesandten sind in dem Fall, hoher Bundesversammlung in Verfolg ihrer Erklärung vom 19. d. M. anzuzeigen, daß die Dringlichkeit der Umstände es unvermeidlich gemacht hat, mit dem in jener Erklärung als bevorstehend bezeichneten Durchmarsche kais. österreichischer und königl. preußischer Truppen durch Holstein zu beginnen, und daß daher voraussetzlich am gestrigen Tage die Grenze des Herzogthums bereits von einzelnen Truppentheilen überschritten worden ist.

Die Gesandten verbinden mit dieser Anzeige den erneuten Ausdruck der Zuversicht ihrer Regierungen, daß, wie diese den in ihrer Erklärung vom 19. d. M. bezeichneten Standpunkt festhalten und dessen Festhaltung Seitens ihrer Truppenbefehlshaber veranlassen, auch die bisher in Betreff des Durchmarsches geschehenen Schritte hiermit in Einklang bringen werden, so auch dem Durchmarsche ihrer Truppen durch Holstein jede thunliche Erleichterung Seitens der Zivilkommissäre und des Kommandirenden der Bundes-Exekutionstruppen, Generalleutnants von Hake, zu Theil werden wird."

Hierauf erklärten die mit der Bundesexekution in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg betrauten Regierungen von Oesterreich, Preußen, Königreich Sachsen und Hannover, daß mit dem stattfindenden Vorrücken kais. österreichischer und königl. preußischer Korps nach Schleswig der Zweck der bisherigen Aufstellung österreichischer und preußischer Brigaden als erster Reserve unmittelbar an der Grenze der Herzogthümer Holstein und Lauenburg wegfalle und daher der Heranziehung dieser Brigaden an ihre Korps nichts entgegenstehe, wobei selbstverständlich der Antrag auf Berufung anderweiter Reserven für den Bedürfnißfall vorbehalten bleibe.

Nachdem sodann festgestellt worden war, daß bei dem Durchmarsch der nach Schleswig bestimmten österreichischen und preußischen Truppen durch die Herzogthümer Holstein und Lauenburg weder die in den Händen der Bundes-Zivilkommissäre ruhende Regierungsgewalt noch die bisherige rechtliche und thatsächliche Stellung des kommandirenden Generalleutnants v. Hake und der ihm untergebenen Bundestruppen irgend eine Beeinträchtigung oder Hemmung erleiden sollen, ward den genannten Zivil- und Militärbehörden des Bundes eine den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Instruktion ertheilt.

Die übrigen Verhandlungen bezogen sich theils auf offizielle Berichte aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, theils auf anderweitige laufende Angelegenheiten.

Frankfurt, 23. Jan. (Frkf. Bl.) Die schleswig-holsteinische Landesdeputation ist, statt gestern Abend um 10½ Uhr, diesen Morgen um 2½ Uhr hier eingetroffen. Die Menge der unterwegs erfahrenen herzlichen Begrüßungen hatte ihren Zug so lange aufgehalten. Es sind ihrer 186, darunter über hundert Landleute. Hier standen die Mitglieder des Ortskomitee's, Turner mit farbigen Lampen, und ein zahlreich ausdauerndes Publikum seit zehn Uhr zum Willkommen bereit. Nachdem der Zug unter den Tönen des Schleswig-Holstein-Liedes und einem brausenden Hoch in die Halle eingefahren war, sprach der Vorsitzende des deutschen Zentralausschusses, Dr. S. Müller, die Begrüßungsworte, in denen der Gedanke entwickelt wurde, daß ihre Sache die unsrige sei. Stürmisch fiel die Menge ein, worauf Adv. Nitzsch aus Kiel also antwortete:

Wir bringen Ihnen einen Gruß von dem Norden! Als wir hinüberzogen, südlich von der Elbe, da zogen Krieger hinauf nach Norden. Was sie dort wollen, wir wissen es nicht! Was wir hier wollen, wir wissen es. Wir wollen ein Bekenntniß ablegen, frei und offen vor aller Welt und vor Gott, daß wir zusammengehören und zusammengehören wollen! Stehen Sie zu uns und glauben Sie an unsere, wie ich meine, auch Ihre Sache. Darum kurz für heute: einen Gruß aus Norden!

Lauter Jubel begleitete die Deputirten zu den für sie bereit gehaltenen zahlreichen Omnibussen, welche sie in ihre Hotels brachten, während die Menge mit Fackeln in die Stadt zog und nach Absingung des Liedes „Schleswig-Holstein" vom Roßmarkt aus sich zerstreute.

Frankfurt, 24. Jan. (Frkf. Bl.) Die schleswig-holsteinische Landesdeputation sandte gestern zwei ihrer Mitglieder (den Landschreiber v. Fischer-Benzon aus Crempe und den Pastor Schröder aus Rendsburg) zum Bundespräsidialgesandten, um wegen ihrer Vorlassung anzufragen. Hr. v. Kübeck erklärte, die Geschäftsordnung stehe dem Empfang der Deputation im Wege; er sei jedoch bereit, die Mitglieder einzeln in beliebiger Zahl zu empfangen. In Folge dessen wurde Hr. Dr. Fester von hier mit der Eingabe der Adresse und Entgegennahme weiterer Eröffnungen betraut.

Eine Anzahl Mitglieder der Deputation machte heute dem Hrn. Geh. Rath v. Mohl einen Besuch; derselbe nahm sie sehr freundlich auf. Möglich, daß man auch noch dem einen oder andern Bundestags-Gesandten Privatbesuche abstattet.

Gestern fand zu Ehren der schleswig-holsteinischen Gäste eine gesellige Vereinigung im Union-Hotel statt. Pfarrer Kalb von hier begrüßte dieselben mit einer warmen Ansprache, beginnend mit der Erinnerung, wie er vor gerade zweiunddreißig Jahren in demselben Saale als Sprecher der hiesigen Primaner die Flüchtlinge des niedergeschlagenen polnischen Aufstandes begrüßt habe, und verweisend auf das seitdem so mächtig erstarkte Vaterlandsgefühl, das uns in den anwesenden Landsleuten vom Norden nicht allein Freunde, sondern treue bedrängte Brüder erblicken lasse. Pastor Gardthausen aus Holstein antwortete mit einem Aufruf an die beiden wahren Großmächte, das deutsche Volk und den allmächtigen Gott, mit deren gewissem Beistand man über die unechten Großmächte siegen werde. Und da die Geister nun einmal entfesselt waren, so folgte, überwiegend von holsteinischen Lippen, nun Spruch auf Spruch, bis die Nachwehen zweier halbdurchwachten Nächte ihr Recht geltend machten.

× **Frankfurt,** 24. Jan. Nachstehendes ist der Wortlaut der Adresse, welche die (schleswig-)holsteinische Landesdeputation an die Bundesversammlung richtete:

Hohe Bundesversammlung! Holsteins Volk und Land haben Jahrhunderte hindurch dem Vaterlande nach redlichem Bemühen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Treue und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt, und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden befunden worden.

In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es am alten Recht und am alten theuern Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmüthig erhoben, dem Erben der schleswig-holsteinischen Herzogskrone, Friedrich VIII., unserm rechtmäßigen Landesherrn, die Huldigung darzubringen. Das ganze Holstenvolk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutstropfen das verbrüderte Duldervolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

Hohe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile und Stände und Parteien des Landes verbreiteten Gesinnung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des Vaterlandes unsere heißesten Wünsche an's Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordnet, damit wir persönlich der h. Bundesversammlung an den Tag legen, daß die Holsten von ganzem Herzen sich als Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altvererbten Liebe zu den Brüdern in Schleswig nimmer lassen wollen, und daß sie ihres Landes altehrwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben, als mit der durch Gottes Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anerkannten Regierungsantritt unseres rechtmäßigen Herrn, Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, unseres geliebten Fürsten Friedrich VIII.

Hohe Bundesversammlung! Durch unsern Mund ruft das Land und Volk von Holstein tief bewegt von qualvoller Ungeduld über das Hinausschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein, ja darüber entscheidet, ob das alte Holstenland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll. Die Fürsten und Freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, welchen ganz Holstein als seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveräne aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands besiegeln und die Wünsche des gesammten deutschen Volkes und der Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeiten, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen. — Frankfurt, 23. Jan. 1864. (Folgen die Unterschriften.)

× **Frankfurt,** 24. Jan. Die schleswig-holsteinische Deputation hat einstimmig beschlossen, von hier (per Extrazug über Aschaffenburg) nach München zu gehen.

Von dem Sechsunddreißiger-Ausschuß sind hier anwesend die HH. Sig. Müller und Varrentrapp aus Frankfurt, L. Seeger und Fetzer aus Stuttgart, Völk, Brater, Kolb und Barth aus Bayern, Metz aus Darmstadt, Dr. Lang aus Wiesbaden, Bennigsen aus Hannover, Unruh aus Berlin, Wiggers aus Rendsburg, Häusser und Bluntschli aus Baden, Fries aus Weimar, Nebelthau aus Kassel, Henneberg aus Gotha und Streit aus Koburg.

Die Volksversammlung nahm kurz nach 4 Uhr ihren Anfang. Saal, Gallerien und Logen waren überfüllt. Viele Hunderte mußten, ohne Platz zu finden, wieder weggehen.

Durch Akklamation wurde Dr. Reinganum zum Vorsitzenden gewählt und hielt die mit vielem Beifall unterbrochene Begrüßungsrede, die mit dem dreimaligen Ruf: „Rettung für Schleswig-Holstein!" schloß, in welchen die Versammlung wie ein Mann einfiel. — Hierauf betrat Nitzsch aus Kiel, mit Jubel empfangen, die Rednerbühne. Er setzte die Gründe auseinander, welche die Deputation bewogen, hieher zu ziehen. Bei seinen Worten: „wir sind nicht der schlechteste Theil an Eurem großen deutschen Körper," erhob sich ein endloser Beifall, der mit einem dreimaligen Hoch auf Schleswig-Holstein schloß. — Hr. Brater verlas hierauf einen Aufruf, welchen der Sechsunddreißiger-Ausschuß in der schleswig-holsteinischen Sache entworfen. (Er ist leider viel zu lang, um ihn heute mittheilen zu können, wurde auch nicht warm genug gelesen, um den erwarteten Eindruck zu machen.) Völk motivirte den Aufruf des Weitern. (Lang anhaltendes Bravo am Schluß.) Burmeister aus Holstein, ein Greis in Silberhaaren, spricht von den Sympathien der nordischen Herzogthümer zu dem deutschen Süden; Herzog aus Hamburg spricht Worte der Ermuthigung; das Volk müsse aber mehr thun; es müsse seine Fürsten auffordern, zu handeln, und wenn diese es nicht thäten, selbst handeln. „Durch, Brüder, durch!" Hr. Lübbe aus Holstein (ein Landmann) spricht davon, daß die ländliche Bevölkerung der Herzogthümer eben so entschlossen für ihr gutes Recht sei, als die Einwohner der Städte ꝛc. Dr. Reinganum verliest ein Telegramm aus Mainz von einer Volksversammlung mit einem Hoch auf die schleswig-holsteinische Deputation. Dr. Lang aus Wiesbaden: Die schleswig-holsteinische Deputation hätte nicht als „bittende" zu kommen brauchen, wenn ein deutsches Parlament wäre; darum solle die Versammlung sich mit dem Zuruf „Hoch das Parlament" erheben. Schacht aus Holstein verbreitet sich über die deutschen Sympathien, welche die Deputation noch mächtiger gefunden, als sie geahnt. Trabert aus Kurhessen: Das Volk müsse sich zu einer energischen That rüsten, denn ohne eine solche werde Schleswig-Holstein nicht gerettet. Das Volk müsse die guten Regierungen forttragen zu Thaten, und die schlechten zittern machen. (Häufige Bravo's.) Dr. Metz aus Darmstadt, mit Jubel empfangen: Die Ehre Deutschlands gehe zu Grunde, wenn Schleswig-Holstein abermals verloren gehe. Die Macht der Bajonnette sei groß, aber noch größer die Macht der Idee. Er schließt mit dem Ruf: „Rettung für Schleswig-Holstein, Heil und Segen für Deutschland, Fluch den Verräthern und dem Verrath!" Die ganze Versammlung erhebt sich und spricht die Worte dreimal nach. Dr. Reinganum mit Beifall über Legitimität und Nationalität. (Häufige Bravo's.)

München, 22. Jan. (A. Z.) Auf gestellte Anfrage hat Se. Maj. der König dem Ausschuß des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins mittheilen lassen, daß die von der Volksversammlung im Odeon vorgestern beschlossene Adresse durch den königl. Staatsminister des Aeußern Sr. Maj. zugestellt werden soll, in Folge dessen die Adresse dem Frhrn. v. Schrenck übergeben wurde.

Mainz, 20. Jan. (A. Z.) Es werden von Seite der großh. hessischen Regierung bereits alle Vorbereitungen getroffen, um in schnellster Frist das Bundeskontingent mobil machen zu können, sobald die politischen Ereignisse dies erfordern sollten.

Gießen, 22. Jan. (Südd. Ztg.) Die schleswig-holsteinische Deputation, welche heute Abend hier durchkam, fand den feierlichsten Empfang. Zu Tausenden war der Zug hinausgezogen an den Bahnhof; die Vertreter der Stadt, der Rektor mit den Mitgliedern der Universität, die Studentenschaft, die Turner, alle Vereine und unzählige Andere. Die wenigen Minuten, in die sich die Feier konzentrirte, werden für Jeden, der sie miterlebte, zu den unvergeßlichsten seines Lebens gehören. Die schleswig-holsteinische Volkshymne, in Begleitung der Musik gesungen von Tausenden, empfing die Gäste, und die bengalische Beleuchtung des Bahnhofsplatzes gab ihnen Gelegenheit, auf den Gesichtern die Begeisterung und die Gefühle zu lesen, die in Allen lebten. Eine Ansprache des Geh. Justizraths Ihering gab diesen Gefühlen Ausdruck. Warme Erwiederungen, von den Advokaten Wiggers aus Rendsburg, Nitzsch aus Kiel und einem andern Mitglied der Deputation gesprochen, hoben die Begeisterung auf ihren Höhepunkt.

Kassel, 22. Jan. (Südd. Ztg.) Heute gegen 5 Uhr kam die schleswig-holsteinische Deputation, aus 187 Personen bestehend, mit der hannoverschen Bahn hier an. Schon eine Stunde vorher strömten Tausende von Menschen nach dem Bahnhof; als der Zug eintraf, mochten gewiß an 10,000 Menschen aller Stände dort versammelt sein. Obwohl außer den Gemeindebehörden und dem Schleswig-Holstein-Komitee nur Diejenigen in die Wartesäle und auf den Perron gelassen wurden, welche ein Billet vorzeigten, so vermochte die Bahnpolizei dem Sturme doch nicht zu widerstehen: man kletterte über Barrieren und suchte auf jede erdenkliche Weise auf den Perron zu kommen, so daß dieser bei der Ankunft des Zuges zu einem einzigen großen Menschenknäuel geworden war, der die nordischen Brüder mit einem tausend-

stimmigen Hurrahruf begrüßte. Im Wartsaal zweiter Klasse standen die Mitglieder der städtischen Behörden, das Komitee und vereinigte Sängerchöre. Als die verehrten Gäste, theilweise durch die Fenster, in den Saal kamen, stimmten die Sänger das Nationallied an, worauf Vizebürgermeister Nebelthau die Deputation in einer warmen Ansprache willkommen hieß; Wiggers dankte, und es folgten noch längere und kürzere Ansprachen. Aber die Wogen der Begeisterung der draußen harrenden Menge schwollen so mächtig an, daß man fast nichts von Dem verstand, was gesprochen wurde. Die Gäste nahmen dann einen Imbiß und fuhren um ½6 Uhr unter Jubelrufen weiter, begleitet von etwa 40 hiesigen Schützen bis Guntershausen. Die Massen verliefen sich allmälig; ein Theil der Versammelten, etwa 2000, zogen mit einer deutschen und einer schleswig-holsteinischen Fahne über den Ständeplatz am Schlosse des Kurfürsten vorbei, überall tausendstimmiges Hoch auf die Sache der Herzogthümer ausbringend.

Kiel, 21. Jan. (Südd. Ztg.) Bei der Landesdeputation, die nach Frankfurt geht, ist der Haupttheil von Gemeindevertretungen entsandt. Kein bedeutender Ort, fast kein Landdistrikt ist unvertreten, so kurz auch die Zeit der Vorbereitung gewesen ist. Die Deputation hat ihre Bedeutung nicht in der direkten Wirkung auf ihre nächste Adresse, sondern in dem unangreifbaren Zeugniß von dem ungeduldigen Verlangen des Landes nach Anerkennung seines Fürsten und von der Unerträglichkeit der bestehenden Zustände, das sie ablegt. Die Deputation nach Frankfurt, formell adressirt an den Bundestag, ist thatsächlich mehr eine Deputation an das ganze, zu uns stehende deutsche Volk, und in dieser Richtung wird ihr der Erfolg nicht fehlen.

Berlin, 22. Jan. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde die Verhandlung über die Anleihevorlage in Verbindung mit der Schulze-Delitzsch- und v. Carlowitz'schen Resolution in der schleswig-holsteinischen Frage fortgesetzt.

Abg. Schulze-Delitzsch (als Antragsteller) betont zunächst die Nothwendigkeit, daß sich das Haus nochmals über die schleswig holsteinische Angelegenheit ausspreche, denn es habe sich diese Frage dadurch, daß Preußen und Oesterreich sich von den anderen deutschen Staaten getrennt, inzwischen zu einer deutschen Frage erweitert. Mit dem Amendement des Abg. Groote sei er einverstanden. Die Wiener Presse spreche von dem Vorhandensein eines förmlichen Staatsvertrags zwischen Oesterreich und Preußen; hoffentlich werde es der Staatsregierung belieben, einen solchen Vertrag, der dem Lande ja so große Lasten auflegen würde, der Kenntniß des Hauses zu unterbreiten. Redner führt sodann aus, wie der Bund sich auch in Bezug auf Schleswig allerdings in der Kompetenz befinde, denn unter der Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten, deren Erhaltung Zweck des Bundes, sei nicht blos die Erhaltung des territorialen Bestandes, sondern auch des Rechtsbestandes zu verstehen, und das Recht Holsteins auf Verbindung mit Schleswig sei unbestritten. Die neuere Politik Preußens, dieses Zusammengehen mit Oesterreich sei durchaus gegen alle preußischen Interessen, und bedeute schon im voraus eine Niederlage wie die von 1806; das sei eine Politik nicht der preußischen, sondern der spezifischen Junkerinteressen. (Bravo!) Man spreche von der Revolution, die niedergeworfen werden müsse. Was sei denn die Revolution? Man wolle zur heiligen Allianz zurückkehren, sich an die heiligsten Verheißungen nicht mehr kehren, über Land und Leute wieder nach Belieben, nach der alten absolutistischen Weise verfügen — Das sei die Revolution. Vom Rheinbunde spreche man auch; davon aber, daß die andern deutschen Staaten mit ihrem nationalen Streben vergewaltigt würden, spreche man nicht. (Zu den Feudalen gewendet:) Sie, meine Herren, halten fest an dem Londoner Protokoll, welches doch auch L. Napoleon unterzeichnet hat, und dennoch nehmen Sie es übel, wenn auch der Herzog Friedrich sich in einem Schreiben an den Kaiser der Franzosen wendet. Man kennt diesen Patriotismus. Von der Anleihe von 1859 her sind Sie noch sehr im Rückstande (Heiterkeit); Sie werden das Betreffende nachzuholen sehr bald Gelegenheit haben. (Gelächter.) Sie sind Royalisten, wollen den König aber nur dann dulden, wenn er thut, wie Sie es haben wollen. Ihr Vorschieben der Krone ist reine Heuchelei! (Stürmisches Bravo!)

Der Ministerpräsident: Die Majorität sage, die Regierung wolle von Deutschland nichts wissen. In dem Worte „Deutsch" müsse wohl ein großer Zauber liegen (sehr wahr), wenn man sehe, daß jeder gerade Das für Deutsch halte, was seinem Parteistandpunkt nütze. Man habe die Zeit erlebt, wo es „Deutsch" gewesen, sich gegen die Throne aufzulehnen; dann sei das fortschrittliche Deutschthum an die Tagesordnung gekommen. (Zur Linken gewendet:) Sie sagen, die Regierung wolle von Deutschland nichts wissen — Sie, meine Herren, wollen von Preußen nichts wissen, Sie wollen es lediglich als Domäne des Nationalvereins betrachten. Redner geht dann auf die deutschen Verhältnisse über. Die deutsche Einigkeit sei nur durch Vereinigung der beiden deutschen Großmächte möglich; diese Vereinigung nun schon im voraus als eine caudinische Niederlage zu bezeichnen, rhetorische Floskel. Die Bildung eines neuen Staates habe seine Bedenken; von einem verstümmelten Dänemark seien immer Angriffe zu erwarten, und im Interesse Preußens liege es, mit den skandinavischen Staaten in gutem Verhältnisse zu leben. Daß die Anleihe abgelehnt und die Resolution angenommen werde, sei wohl mit Sicherheit zu erwarten; man habe kein Vertrauen zu dem Ministerium. Er habe sich gefragt, was ein preußischer Minister denn wohl thun müsse, um das Vertrauen dieses Hauses zu erlangen? Er müsse abgehen von der preußischen Verfassung, von den preußischen Traditionen, von dem preußischen Volksgefühl. (O! O!) Man wolle die parlamentarische Regierung; der Kommissionsbericht weise deutlich darauf hin. Der König habe das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, seine Minister sich zu wählen ꝛc.; dies Recht wolle man ihm jetzt nehmen. (O! oh!) Redner sucht dies aus dem Kommissionsbericht nachzuweisen. Wir würden, fährt er dann, zur Linken gewendet, fort, mit Ihrem Vertrauen nicht mehr die Minister des Königs, sondern Ihre Minister sein; und dazu wird es, so Gott will, nie kommen. Habe er in der Kommission gesagt, daß er das Geld, wenn man es nicht bewillige, da nehmen werde, wo er es finde, so sei das eine Theorie, die mit der konstitutionellen Theorie dieses Hauses ganz übereinstimmend sei. Man negire die ganze Vergangenheit Preußens; es sei der Majorität ganz recht, wenn Preußen majorisirt werde; es solle so bestehen, wie die Majorität es wolle, und wenn nicht, dann sei es ihr auch recht, wenn es nicht bestehe. Der preußische Staat habe sich indessen noch nicht überlebt und andern Gebilden habe er noch nicht Platz zu machen. Der rocher de bronce der preußischen Souveränetät, von welchem Friedrich Wilhelm I. gesprochen, bestehe noch, und diesen Ehrensels werde dieses Haus nicht erschüttern, weder durch sein Votum, noch durch die Resolution, noch durch den Nationalverein. (Lang anhaltendes Zischen, Bravo bei den Konservativen.)

Abg. Graf Schwerin: Der Ministerpräsident nütze der Sache nicht, die er vertrete, wenn er sage, daß die Majorität dieses Hauses das Parteiinteresse über das Interesse des Landes stelle. Auch er, Redner, handle als guter Preuße und sei als ein solcher bekannt; nur dann aber könne man als ein guter Preuße in der vorliegenden Frage handeln, wenn man an dem Bewußtsein festhalte, daß Preußen sich von Deutschland niemals trennen könne. (Bravo!) Das sei eben der Unterschied zwischen Preußen und Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten, daß die Interessen Preußens mit denjenigen Deutschlands immer zusammenfielen. Daß Preußen seinen Beruf, seine Kraft und Zukunft nur als deutscher Staat finden könne, das sei nicht eine Parteiansicht, sondern in unzähligen königl. Akten anerkannt. (Bravo!) Es sei wahr: das Volk sei durchaus monarchisch, aber eben deßhalb ständen wir auch nicht am Abgrunde, so lange die Verfassung gehalten würde. (Bravo!) Mit der Majorität glaube er, daß die Interessen Preußens auf einem andern Wege lägen, als auf demjenigen, den die Regierung betreten. Es sei schwer, die geforderten Mittel in einem Augenblick zu verweigern, wo die Armee sich bereits auf dem Marsch befinde gegen den Feind; aber es sei Pflicht, sich zu überzeugen, ob die Mittel auch im Interesse des Landes verwendet würden. Preußen hätte sich lossagen müssen vom Londoner Protokoll und den Herzog Friedrich anerkennen; das wäre die einzige, der Ehre und den Interessen Preußens und Deutschlands entsprechende Lösung gewesen; das von dem Ministerpräsidenten gestern verkündigte Programm führe im glücklichen Fall aber nur auf eine Personalunion zurück. Diese Lösung tauge nichts; sie verletze das Recht des Herzogs und genüge keiner Partei in den Herzogthümern. Das Zusammengehen Preußens mit Oesterreich sei gefährlich, für das Interesse Preußens verderblich. Der Grundsatz des Ministerpräsidenten, daß es keine deutschen Interessen in der Politik, sondern nur preußische, österreichische, bayrische ꝛc. Interessen gebe, sei bedenklich, denn die Mittel- und Kleinstaaten könnten sich diesen Grundsatz auf Kosten Preußens einmal merken; und nicht minder bedenklich sei es, wenn der Ministerpräsident das Recht von der Zahl der Bajonnette abhängig machen wolle. Redner ruft, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Verfassung, der Regierung mit Nachdruck in's Gedächtniß, daß der Spruch: justitia fundamentum regnorum in Preußen stets erster Grundsatz gewesen sei. Noch bedenklicher sei der Satz: nur wenn die Mehrheit der deutschen Staaten für uns sei, dürften wir einen Schritt in der äußern Politik unternehmen. Das sei nicht die altpreußische Denkweise; er als Patriot verwahre sich dagen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bajonnette, auf welche die Regierung immer hinweise, seien nicht die größte Macht, sondern das Recht; dieses könne wohl eine Zeit lang vor Bajonnetten weichen müssen, es triumphire doch immer wieder. (Bravo!) Was sei denn das eigentliche Motiv der preußischen Regierung bei ihrer äußern Politik? Die Furcht vor der Demokratie und die Besorgniß vor Verwicklungen mit dem Auslande. Nun pflege man aber von Seiten der Regierung nachgerade Alles Demokratie zu nennen, was nicht ganz mit ihr übereinstimme, und sonach gelte wohl auch der Redner als Demokrat. (Heiterkeit.) Es gebe aber nur ein Mittel, wirksam der Demokratie entgegenzutreten, das sei die Erfüllung der berechtigten Forderungen des Volkes. (Stürmisches Bravo.) Die Furcht vor dem Auslande erzeuge erst die Gefahr, kräftiges Auftreten wäre allein würdig und auch ungefährlich gewesen. (Bravo!) Nachdem man alles Mögliche gegen das nationale Recht vorgebracht, rücke man jetzt auch noch mit dem schweren Geschütze der Ansprüche Rußlands vor, deren Haltlosigkeit vor Aller Augen klar liege. So sehr er übrigens im Prinzip ganz mit der Kommission übereinstimme, so halte er sich doch für verpflichtet, einzelne Posten der Regierung zu bewilligen, nämlich die zur Küstenbefestigung und die zur Erfüllung von Obliegenheiten, welche aus den Beschlüssen des Bundes folgen, erforderlichen. Diese Mittel aber seien im Staatsschatze vorhanden; eine Anleihe wegen derselben zu kontrahiren, dazu liege kein Anlaß vor. Es werde immer mit Rücksicht auf die Eventualität größerer Verwicklungen mit anderen Staaten die Nothwendigkeit betont, den Staatsschatz zu bewahren. Aber dieser Staatsschatz reiche für den Fall, daß das jetzige Regierungssystem uns in einen Krieg treibe, doch nicht aus. Entständen dagegen Verwicklungen, bei welchen das Volk zu der Regierung stehe, dann könnte Preußen niemals in finanzielle Verlegenheiten kommen. Außerdem habe der Ministerpräsident selbst erklärt, daß die Kosten der Exekution von Dänemark eingefordert werden sollten. Um also dieselben vorläufig auszulegen, werde man doch das Land nicht dauernd mit einer neuen Zinsenlast beschweren. (Der Redner bringt ein Amendement in dem Sinne ein, daß die Anleiheforderung zu verwerfen, weil die wirklich erforderlichen Kosten für die Bundesexekution und für die Küstenbefestigung aus dem Staatsschatze zu entnehmen seien.) Nicht ein Parteistandpunkt, so schließt der Redner, sondern die reinste Vaterlandsliebe leite ihn und zwinge ihn, der Regierung entgegen zu treten. (Lebhafter Beifall.)

Der Ministerpräsident: Der Vorredner sei gewiß ein guter Preuße, aber seine Partei habe sehr abgenommen. Daß die Interessen Preußens und Deutschlands sich trennten, habe er nicht gesagt; das sei ja schon geographisch unmöglich. Die Frage sei aber: was ist Deutschland? wo ist es? Darauf könne sehr verschieden geantwortet werden. Was den Punkt der politischen Interessen betreffe, so habe ihm ein deutscher Fürst selbst gesagt: das Hemd sei ihm näher als der Rock. Die Antwort auf die Frage: Was ist Deutschland? müsse also etwas deutlicher beantwortet werden, als es in einem jüngst nach Wien gerichteten Schreiben eines fürstlichen Mitgliedes der Fortschrittspartei geschehen sei. (Heiterkeit.) Er habe keine Furcht vor der Demokratie, er hoffe sie vielmehr zu besiegen. Uebrigens habe er gestern kein Programm verkündigt, die Regierung halte auch jetzt noch fest an der Politik der freien Hand.

Abg. Waldeck: Der Ministerpräsident verkündige den nackten Absolutismus. Das preußische Königthum sei die Negation des Junkerthums, und lediglich in diesem Sinn sei das Wort vom rocher de bronce zu verstehen. Die Politik der Regierung habe lediglich das dänische Interesse und dann die Niederwerfung der Demokratie im Auge. Letzteres werde ihr jedoch nicht gelingen, denn den Geist könne sie nicht niederwerfen.

Der Kriegsminister führt des Weitern aus, wie er in der Haltung des Hauses nur eine klar ausgesprochene Tendenzpolitik, dem Ministerium gegenüber, erblicken könne.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) weist die Besorgnisse vor der Demokratie in glänzender Rede zurück; allen Parteien im Vaterlande sei es nur um die nationale Frage in territorialer Beziehung zu thun. Redner erinnert den Ministerpräsidenten an seine Depesche vom 24. Jan. 1863 an die österreichische Regierung; wie passe dazu das Zusammengehen?

Der Ministerpräsident: In dieser Depesche sei erstrebt worden, was man jetzt erreicht habe. (Gelächter.)

Es sprechen noch der Kriegsminister, der Abg. Schulze, der Abg. Aßmann als Referent, worauf es, nachdem der Abg. v. Bonin noch zur Spezialdiskussion gesprochen, zur Abstimmung kommt. Die Regierungsvorlage wird mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt und dann die Resolution, unter Hinzufügen desjenigen frühern Erwägungsgrundes, welcher ausspricht, daß die eingeschlagene Politik kein anderes Ergebniß, als die Wiederauslieferung der Herzogthümer an Dänemark haben werde, mit großer Majorität angenommen.

Berlin, 23. Jan. Das Herrenhaus hat heute den vom Abgeordnetenhause amendirten Etat mit großer Majorität abgelehnt und mit 58 gegen 17 Stimmen den Regierungsetat widerhergestellt. Der Finanzminister hatte dem Haus eine motivirte Ablehnung des amendirten Etats anheimgegeben, sich also nicht direkt für die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs erklärt.

Berlin, 23. Jan. Die Mittheilung, welche der Ministerpräsident v. Bismarck im Hause der Abgeordneten am 21. d. M. aus einer an die deutschen Regierungen gerichteten preußischen Depesche gemacht hat, lautet nach der „N. Pr. Ztg.":

Ich kann nicht umhin, anzunehmen, daß das Widerstreben deutscher Regierungen, sich dem von Preußen und Oesterreich vorgeschlagenen Gange anzuschließen, zum Theil auf Mißverständnissen beruht. Man schiebt uns — ich weiß allerdings nicht, mit welchem Recht — die Absicht unter, den Zustand, wie er bis zum vorigen Jahr in den Herzogthümern bestanden, einfach wieder herstellen und festhalten zu wollen, und indem man diesen Zustand nicht mit Unrecht als einen unannehmbaren ansieht, scheint man zu glauben, es gebe nur Eine Alternative: entweder die Fortdauer desselben, oder die sofortige Errichtung eines neuen selbständigen Staates unter einer augustenburgischen Dynastie. Ohne der letztern prinzipiell entgegen zu treten, müssen wir bei unserer Stellung zu derselben die geschlossenen Verträge und unsere Beziehungen zu den europäischen Mächten berücksichtigen. Der Bund selbst hat seine Ansicht über die Erbfolge noch nicht festgestellt, und wir werden der unsrigen bei der bevorstehenden Prüfung am Bund Ausdruck geben. Wir haben nur darauf bestanden, daß diese Prüfung mit dem Ernst und der Gründlichkeit geführt werde, welche der Würde des Bundes angemessen ist und den Beschlüssen desselben allein das nöthige Ansehen zu sichern vermag. Wir befürchten, daß die ganze Frage in eine den Interessen der Herzogthümer und ihrer Bevölkerung nachtheilige Lage geräth, wenn die Successionsfrage für Holstein ohne Rücksicht auf Schleswig und auf das Schicksal der dortigen Deutschen behandelt wird. Für die Behandlung der Erbfolge-Frage in Betreff Schleswigs hat der Bund keine anerkannte völkerrechtliche Basis und kein Mittel der Durchführung seiner Beschlüsse, als den Eroberungskrieg. Aus diesen Gründen verlangt, unseres Erachtens, die Behandlung der Successionsfrage diejenige Vorsicht, welche wir bisher beobachtet haben.

Daß die Verheißungen, welche der König von Dänemark im Jahr 1852 den Herzogthümern gegeben, ihnen die damals gehoffte Sicherheit nicht gewährt haben, hat die Erfahrung gezeigt. Dieser Zustand ist unmöglich geworden und es herrscht wohl allgemeines Einverständniß darüber, daß eine die Rechte und Interessen der Herzogthümer und ihrer deutschen Bevölkerung vollkommen sicherstellende Bestimmung an seine Stelle gesetzt werden müsse. Zwischen der Rückkehr zu diesem Zustand und der sofortigen Vereinigung der beiden Herzogthümer unter einer besondern Dynastie liegen, wenn die ganze Angelegenheit einmal in das Stadium europäischer Verhandlungen eingetreten sein wird, mannigfache andere Kombinationen, durch welche diese Sicherung erreicht werden kann. Die Vereinigung der Herzogthümer zu einem selbständigen Körper, in einer Personalunion mit Dänemark unter dem Szepter desselben Monarchen, ist eine solche, welche für den Fall, daß die Herstellung einer neuen Dynastie in den Herzogthümern sich nicht erreichen läßt, zunächst in's Auge zu fassen sein würde. Das Beispiel der Vereinigung von Schweden und Norwegen zeigt die Möglichkeit einer solchen Verbindung ohne Schädigung des einen oder des andern Theils; auch ganz abgesehen davon, daß sie den Deutschen Bund zum Rückhalt haben würden, dessen Bedeutung durch Garantien erhöht werden könnte. Ich kann nicht annehmen, daß die deutschen Regierungen eine solche Kombination von ihrer Erwägung ausschließen möchten, sobald sie sich überzeugen sollten, daß die dynastische Frage nur mit Aufopferung der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer und der Unabhängigkeit der Deutschen in Schleswig ihren Wünschen entsprechend erledigt werden könne.

Das ist jedenfalls unzweifelhaft, daß die Frage sowohl über die Erbfolge im Herzogthum Schleswig, als über die völkerrechtliche Stellung dieses Herzogthums selbst nicht einseitig durch den Bund entschieden werden kann, sondern internationaler Natur ist, ja, daß es im Interesse der deutschen Bewohner dieses Herzogthums selbst liegt, ihre Stellung durch eine internationale Sanktion gesichert zu sehen.

Welcher Art aber auch die internationalen Verhandlungen sein mögen, durch welche ein schließliches Ergebniß festgestellt werden kann; ob sie mit Dänemark allein oder auf einer allgemeineren Konferenz geführt werden, — die königl. Regierung erachtet es für eben so unzweifelhaft, daß Deutschland auf einer viel vortheilhaftern Grundlage in dieselbe eintreten wird, wenn zuvor entweder durch die ausdrückliche Zurücknahme der Verfassung vom 18. Nov. 1863 wenigstens der widerrechtlich in Schleswig eingeführte Zustand beseitigt oder in der Okkupation dieses Landes durch Truppen der beiden deutschen Großmächte ein status quo gewonnen ist, von welchem ohne Nachtheil für Deutschland ausgegangen werden kann.

◇ **Berlin**, 24. Jan. Der Feldmarschall v. Wrangel und Prinz Albrecht sind heute Nachmittag mit den Offizieren des Hauptquartiers auf einem Extrazuge nach Hamburg abgereist. — Die Mobilmachung des Gardekorps wird mit großem Eifer betrieben. Im Lauf des gestrigen Tages wurden die in Berlin wohnhaften Reservemannschaften für die hier und in Potsdam garnisonirenden Garde-Infanterieregimenter, sowie für das Garde-Jäger-, Schützen- und Pionierbataillon, und für die reitende Abtheilung der Garde-Artilleriebrigade — im Ganzen etwa 1900 Mann — eingezogen und ihren Truppentheilen überwiesen. Auch traf gestern schon eine Abtheilung von Gardereservisten aus der Provinz, und zwar aus der Gegend von Ruppin, hier ein. Die Garde-

Artilleriebrigade hat den Befehl erhalten, die zur vollen Ausrüstung ihrer Batterien erforderlichen 1500 bis 1600 Augmentationspferde sofort aus freier Hand anzukaufen. — Von der nächsten Woche an passiren die über Breslau nach Schleswig abrückenden österreichischen Truppen durch Berlin. Dieser Durchzug dauert bis zum 30. d. M. Behufs der Speisung der Mannschaften hat jeder Zug auf dem Hamburger Bahnhof einen Aufenthalt von etwa 2 Stunden. Das kaiserliche Infanterieregiment „König von Belgien", zu dessen Bewirthung hier ein Komitee zusammengetreten ist, wird Montag 25., Morgens gegen 9 Uhr, in Berlin anlangen. — Wie heute mit großer Bestimmtheit verlautet, wird der Schluß des Landtags bereits am Dienstag den 26. erfolgen. Die Regierung soll Abstand davon genommen haben, zur völligen Erledigung der Eisenbahn-Vorlagen die Session noch bis zum Ende dieser Woche dauern zu lassen.

Wien, 22. Jan. (Boh.) Der Finanzminister beabsichtigt eine Lotterie-Anleihe mit jährlich fünfmaliger Verloosung, die Einzelloose zu 50 Gulden. Die Kreditanstalt will 17 Millionen zeichnen. — Zum Zivilkommissär in Schleswig soll Graf Trauttmannsdorff, früher Gesandter an deutschen Höfen, ernannt werden.

†† **Wien,** 23. Jan. Der Bericht zunächst der betreffenden Sektion des Finanzausschusses über die Kreditforderung der Regierung von 10 Mill. Gulden für die Bundesexekution in Holstein liegt jetzt vollständig vor. Ich übergehe die vorausgeschickte historische Darlegung, welche lediglich bekannte Thatsachen wiederholt, und führe daraus nur an, daß die Regierung „abseits" von der Bundesexekution österreichische Truppen in der Stärke von nahezu 25,000 M. „zur Besetzung von Schleswig gegen Dänemark" entsendet hat.

In Bezug nun auf die Exekutionstruppen erklärt der Bericht, daß es „nach der bestehenden Verfassung des Bundes außer allem Zweifel ist, daß Oesterreich Bundesbeschlüssen, welche innerhalb der Grenzen der Bundeskompetenz gefaßt worden, nachzukommen habe", aber er ist auch der Ansicht, daß sich die Verbindlichkeit Oesterreichs, zu Bundeszwecken mit Geldmitteln beizutragen, auf die Pflicht zur Leistung der Matrikularbeiträge beschränke, und diese, aber auch nur diese Summe (statt der geforderten 10 Mill. etwas über 5 Mill.) beantragt er zu bewilligen.

Aber Oesterreich hat sich mit Preußen jetzt zu Zwecken engagirt, welche von der Bundesexekution weit „abseits" liegen. Der Bericht rügt in dieser Beziehung zunächst die „auffallende" und „mit den Bestimmungen der Verfassung nicht in Uebereinstimmung befindliche" Erscheinung, daß die Regierung die bezüglichen Ausgaben zu machen begonnen hat, ohne von der versammelten Reichsvertretung die erforderlichen Summen vorher votiren zu lassen. Vor allen Dingen aber erklärt er, „in dem ganzen Vorgehen der Regierung in der letzten Zeit in Bezug auf die Operation gegen Schleswig keine glücklich gewählte Maßregel erkennen" zu können.

Denn — heißt es in dieser Beziehung — es besteht hierbei in einer für den Deutschen Bund hochwichtigen Angelegenheit bisher kein Einklang mit den Beschlüssen der deutschen Bundesversammlung, und es droht in Folge dessen eine beklagenswerthe Differenz zwischen Oesterreich als erster deutschen Bundesmacht und dem Bunde selbst zu entstehen, deren Tragweite gar nicht zu überblicken ist. Ja, es ist nach den vorliegenden Aktenstücken schwer zu bestreiten, daß Oesterreich bei seinem gegenwärtigen Vorgehen nicht seine berechtigte eigene Stellung als europäische Großmacht zur Geltung bringen will, sondern gemäß seinen Anträgen und Erklärungen in der Bundesversammlung, nur zur Wahrung der Rechte und Würde Deutschlands einzuschreiten, zwar als deutsche Macht, aber ohne den Willen des legitimen Organs von Deutschland handelt und hierdurch gemeinschaftlich mit Preußen thatsächlich unberechtigte Vormundschaft über das andere Deutschland ausübt.

Die Okkupation Schleswigs ist ferner unter den vorliegenden Umständen dem Beginne eines Krieges gegen Dänemark gleich, und muß schon in naher Zeit dem Reiche große Opfer auferlegen, für die weder materieller Erfolg noch in moralischen und politischen Wirkungen überwiegendes Entgelt in Aussicht steht, und kann die finanziellen Kalamitäten unabsehbar vermehren. Die Regierung erachtet zwar durch ihr Vorgehen die Kriegsgefahr auf den Kampf mit Dänemark zu lokalisiren und durch die Opfer hiefür dem noch schwereren Uebel eines allgemeinen Krieges zu begegnen, der in Folge der von einem Theile der deutschen Bundesstaaten eingeschlagenen Haltung eintreten könnte. Allein weder liegen bestimmte Anhaltspunkte vor, daß die Beschlüsse der Bundesversammlung zu einer allgemeinen Konflagration führen, noch auch haltbare Garantien, daß das Vorgehen Oesterreichs und Preußens in den ferneren Konsequenzen nicht gerade zur thatsächlichen Einmischung des Auslandes führt . . . Oesterreich bedarf des Friedens . . . Nun aber wird von Oesterreich ein Angriffskrieg begonnen, und zwar nicht im Interesse Oesterreichs.

Dazu kommt weiter, daß sich in der ganzen Haltung der Regierung in dieser Frage jene Unbestimmtheit der Ziele wieder findet, die als eine so folgenschwere Eigenthümlichkeit derselben in allen europäischen Fragen der neuern Zeit hervorgetreten ist. Soll die Integrität Dänemarks maßgebend sein oder soll das legitime Herrscherrecht in den Elbe-Herzogthümern der bestimmende Faktor sein? Soll die Erfüllung der vertragsmäßigen Bundespflichten Oesterreich leiten oder die bloße politische Konnivenz für anderweitige Interessen? Keine der beiden Richtungen wurde bisher entschieden ausgesprochen oder festgehalten, und nur Eines erscheint klar, daß die Regierung einer andern Regierung für die Erreichung ihrer Ziele auf dem Gebiet der innern Politik, wenngleich unwillkürlich, so doch thatsächlich willkommenen Vorschub leistet.

Nach Ansicht des Ausschusses kann die Mitwirkung zu dieser Politik der Regierung nicht erklärt werden.

So die Sektion, die erste Instanz. Es bleibt zu erwarten, in wie weit die beiden andern Instanzen, das Plenum des Finanzausschusses und schließlich das Abgeordnetenhaus selbst, sich den von ihr entwickelten Anschauungen anschließen. Der Finanzausschuß wird sich schon heute, das Haus am Montag schlüssig machen.

Italien.

* **Turin,** 24. Jan. In der Kammer erklärte der Justizminister auf eine von Crispi in Betreff des Pasquale Greco angekündigte Interpellation, daß der gegen dieses Individuum vor dem Tribunal von Varese eingeleitete Prozeß seinen regelmäßigen Lauf verfolge. Eine Rede Crispi's erregt allgemeinen Widerspruch und wird mit Entrüstung von dem Ministerpräsidenten beantwortet. Die Kammer geht beinahe einstimmig zur Tagesordnung über.

Frankreich.

♁ **Paris,** 23. Jan. Zwischen Paris und London sind wegen der deutsch-dänischen Angelegenheit lebhafte Unterhandlungen im Gange. Sir Henri Bulwer ist stets auf dem Wege und Lord Cowley bringt jeden Tag neue Vorschläge in's Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Die Rollen sind gewechselt. Erst drängte die kaiserl. Regierung auf einen Kongreß oder Konferenzen, und in London verstopfte man sich die Ohren; jetzt ist es das brittische Kabinet, welches unablässig Konferenzen, verlangt; in den Tuilerien aber will man nicht hören. — Vizeadmiral Rigault de Genouilly wurde an Stelle des Admirals Hamelin zum Admiral, und Admiral Jurien de la Gravière zum Adjutanten des Kaisers ernannt. Letzterer Ernennung legt man im Hinblick auf die Lage der Dinge in der Nordsee eine gewisse Bedeutung bei.

Die Debatten im Gesetzgeb. Körper werden im ganzen Lande mit dem lebhaftesten Interesse gelesen. Der politische Geist des Landes ist entschieden erwacht. Die als Broschüren gedruckten Reden der HH. Thiers, Berryer u. A. finden reißenden Absatz, und von der Sammlung der Debatten während der Wahlprüfungen (die sonst kaum in's Publikum drang) ist die erste Auflage vollständig erschöpft. Die gestrigen Discussionen im Gesetzgeb. Körper (Fortsetzung über Preßfreiheit) waren äußerst interessant; nicht etwa wegen der langweiligen Rede des Hrn. Granier aus Cassagnac, sondern durch die energische Erwiederung des Hrn. Emil Ollivier:

Wenn wir hier — erwiederte er Hrn. Granier — die Institutionen einer Regierung diskutiren, die 12 Jahre Existenz zählt, die bei jeder Gelegenheit davon spricht, wie das Land sie proklamirt, wünscht und einstimmig unterstützt, — was stellt man da unsern Behauptungen entgegen? Die Nothwendigkeiten des Bürgerkriegs, der Barbarei, die Beispiele einer Regierung, welche mit bewaffneter Hand bekämpft wurde.. Ich glaube nicht, daß eine Regierung ungeschicktere Freunde haben kann, als die, welche sie so vertheidigen.

Großes Aufsehen machte auch folgender Ausfall des Hrn. Ollivier:

Wenn ich daran denke, daß der ehrenwerthe Hr. Rouher in der Gesetzgebenden Versammlung gegen den Antrag des Hrn. Ste.-Beuve über die Handelsfreiheit stimmte, und daß er seitdem der wärmste Vertheidiger der Handelsfreiheit wurde, so gebe ich nicht die Hoffnung auf, daß er uns auch hinsichtlich der Preßfreiheit das Schauspiel einer ähnlichen Gesinnungsläuterung gewähren wird....

Vorerst erklärte Hr. Rouland, daß die Regierung des Kaisers, Angesichts der großen öffentlichen Pflichten, welche ihr obliegen, zur Stunde in keinerlei Modifikation des Preßgesetzes willigen könne. Börse flau. Rente 66.35. Cred. Mob. 1015. Ital. Anl. 68.40.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Jan. Der „Indep. Belge" wird telegraphirt: „In der heutigen Sitzung des Landesthings erklärte Monrad: Wir werden nicht gestatten, daß auch nur ein einziger deutscher Soldat die Eider überschreite. Unser zukünftiges Programm hängt von dem Glück des Krieges ab."

Ueberlandpost.

Triest, 23. Jan. Die mit der Ueberlandpost gekommenen Nachrichten aus China und Japan besagen, daß Gordon Su-tschan eingenommen hat, wo sich gegen 200 Griechen und Italiener gefunden haben sollen. Nanking wurde vom kaiserl. chinesischen General hart bedrängt. Die Regierung des Taikuns in Japan rüstet gegen die aufständischen Daïmios. Die Hindernisse des Handels mit Yokuhama sind besiegt.

Amerika.

* **Neu-York,** 13. Jan. General Gilmore fährt fort, Charleston zu bombardiren; man nimmt an, daß die Stadt sehr von seinem Feuer leidet. Man sagt, daß in Nord-Carolina das Mißvergnügen im Zunehmen ist. Die Südstaatlichen ziehen sich in's Shenandoah-Thal zurück. Ein beim Kongreß eingebrachtes Amendement schlägt eine Abgabe von 6 Pence auf Spirituosen und von 2 Pence auf Baumwolle vor.

Die konservativen und demokratischen Mitglieder des Kongresses haben sich einstimmig für einen Entschluß ausgesprochen, der die Proklamation des Hrn. Lincoln betreffs der Sklavenemanzipation mißbilligt und einer Versöhnungspolitik mit den konföderirten Staaten auf der Grundlage der Verfassung günstig ist.

Man meldet aus Mexiko unterm 22. Dezember: Die Erfolge der Franzosen dauern ohne Unterbrechung fort. Alle Hauptstädte der bedeutendsten Provinzen werden jetzt durch sie besetzt. Es ist das Gerücht im Umlauf, Juarez werde nach Tajas flüchten. Uraga ist von den Franzosen bei Morelia geschlagen worden. Er soll an 2000 Todte und Verwundete gelassen haben.

Baden.

†* Bruchsal, 24. Jan. Als weitern Beweis der regen Theilnahme an der Schleswig-Holstein-Angelegenheit können wir melden, daß sich dahier ein Verein von jungen Damen gebildet hat, um eine Verloosung von weiblichen Arbeiten zu veranstalten und so weitere Geldmittel für diese heilige Sache zu sammeln. Auch die Landorte rühren sich jetzt, und so wird am nächsten Sonntag im Einverständniß mit den dortigen geistlichen und weltlichen Ortsvorgesetzten in dem benachbarten Städtchen Heidelsheim eine Volksversammlung stattfinden, von der man sich den besten Erfolg verspricht. Je trüber sich in Folge des Vorgehens der deutschen Großmächte die politischen Verhältnisse dieser Frage gestalten, um so nachhaltiger und kräftiger muß das Volk auf dem Boden des Gesetzes seinen Willen kundgeben, daß es zu jedem Opfer und zu jeder Anstrengung dafür bereit ist.

In Bälde hat dem Vernehmen nach unsere Garnison einen Zuwachs zu erwarten, da eine mobil gemachte Munitionskolonne hieher verlegt werden soll, zu deren Unterbringung die für die in Rastatt abwesende Eskadron des Leib-Dragonerregiments bestimmten Lokalitäten hinlänglich Raum darbieten.

Zum ersten Mal werden wir nächstens dahier den Akt einer bürgerlichen Trauung vor sich gehen sehen, da ein durch gerichtliches Urtheil von seiner Frau geschiedener Katholik sich wieder verheirathen will, die katholische Geistlichkeit aber dessen Trauung nicht vornehmen kann.

♃ Rastatt, 25. Jan. War auch die Murg während der tiefsten Temperatur in diesem Winter in der Nähe der Stadt eisfrei, so häuften sich, aus dem obern Murgthal kommend, gestern Abend, etwa 6 Uhr, so gewaltige Eismassen vor dem sog. Rohrer Steg an, daß dieser dem Druck der hiedurch angeschwollenen Fluthen nachgab und in die Tiefe sank. Sofort verbreitete sich das Schreckensgerücht, daß eine Anzahl von Personen, die sich gerade auf dem Steg befunden hätten, mit versunken wären und nur eine, ein österreichischer Soldat, gerettet worden wäre. Glücklicher Weise hatte jedoch das tragische Ereigniß wenigstens die Ausdehnung nicht, welche ihm das Gerücht gegeben. Der erwähnte österreichische Soldat wurde allerdings von dem Unfall betroffen, konnte sich aber retten; er liegt im Hospital und wird davonkommen. Vermißt wird bis jetzt nur eine Person, die sich vielleicht auch noch findet. Unter dem Eindruck des ersten Schreckens sahen wohl die Augenzeugen, da es schon dunkel war, Baumstämme, die halb aufgerichtet schwammen, für Leute an, und das Jammergeschrei verführte die Umstehenden, die alle in gleicher Täuschung begriffen waren. — Mehrere Brücken wurden auch in Gaggenau und Ottenau zerstört.

Nachschrift.

Telegramme.

△ **Berlin,** 25. Jan. Heute Nachmittag 3 Uhr wurde der Landtag durch den Ministerpräsidenten v. Bismarck aus Auftrag des Königs geschlossen. Es heißt in der Schlußrede:

„Das Abgeordnetenhaus hat den Standpunkt festgehalten, der zur Auflösung des vorhergehenden Hauses führte. Es hat den Gesetzentwurf über den Art. 99 der Verfassung abgelehnt, den Etat für 1863 nicht berathen, bei dem Etat des laufenden Jahres die unentbehrlichen Dispositionsfonds gestrichen und die Beschlüsse des frühern Hauses über den Militäretat erneuert, ohne vorher das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst berathen zu haben. Deßwegen hat das Herrenhaus den Etat für 1864, wie er vom Abgeordnetenhaus berathen war, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechts verworfen.

Dem Beschluß der Freilassung der wegen hochverrätherischer Unternehmungen verhafteten Abgeordneten hat die Regierung Folge gegeben, hält ihn aber nicht dem Ansehen der Rechtspflege und der Würde des Hauses entsprechend.

Die zur Ausführung der Bundesexekution und Wahrung der Machtstellung und Ehre Preußens in der weitern Entwicklung des deutsch-dänischen Streites erforderliche Anleihe, sowie die bundesmäßige Matrikularumlage hat das Haus verweigert, obwohl Se. Maj. der König in seiner Antwort vom 27. v. M. sein Wort verbürgt, die Geldmittel zum Schutze des Rechts und zur Ehre des Landes zu verwenden.

Das Haus nahm Resolutionen an, wodurch die Majorität im Falle kriegerischer Verwicklung im voraus gegen das preußische Vaterland Partei nimmt.

Auf die Hoffnung auf eine Verständigung einstweilen verzichtend, hält sich die Regierung verpflichtet, für die Erhaltung des Staates einzustehen; sie rechnet auf die wachsende Unterstützung des Landes."

†* **Frankfurt,** 25. Jan. In der gestrigen Abendsitzung des Sechsunddreißiger-Ausschusses wurden zunächst zur Vervollständigung des Ausschusses kooptirt: Friedr. Oetker von Kassel, Oesterlen von Stuttgart, Christmann von Dürkheim, v. Redwitz von München, Arnheim von Bayreuth. Karl Barth von Augsburg wurde in die Geschäftskommission gewählt. Anwesend 21 Mitglieder; die preußischen und österreichischen entschuldigen ihre Abwesenheit mit ihren Landtags-Geschäften.

† **München,** 25. Jan. Die „Bayer. Ztg." widerlegt die Nachricht der „Südd. Ztg.", daß Bayern mit Oesterreich bezüglich der Ueberlassung Holsteins an Herzog Friedrich und Regelung der schleswigschen Frage durch eine Konferenz unterhandle.

† **London,** 25. Jan. Die „Times" bringt die offizielle Mittheilung der hiesigen Regierung, daß die deutschen Großmächte den Einmarsch ihrer Truppen in Schleswig nicht suspendiren oder aufschieben.

Karlsruhe, 25. Jan. Heute ist der Circus Hinné, von Stuttgart kommend, hier eingetroffen und wird sofort seine Vorstellungen eröffnen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,50'''	+ 6,2	S.W.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 0,06'''	+ 7,5	„	„ „	„ wind. Regtr.
Nachts 9 „	27" 11,93'''	+ 7,5	„	„ „	„ Thauwetter,
24. Jan.					
Morgens 7 Uhr	27" 10,97'''	+ 7,5	„	„ „	trüb Sturm Reg.
Mittags 2 „	„ 11,03'''	+ 7,5	„	„ „	„ Regentr.
Nachts 9 „	28" 0,03'''	+ 4,0	„	stark „	„ frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 26. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. **Des Adlers Horst;** romantisch-komische Oper in 2 Akten, von Holtei. Musik von Gläser.

Theater in Baden.

Mittwoch 27. Jan. **Sammelwuth;** Schauspiel in 3 Akten, von Roderich Benedix.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.d.682. Karlsruhe. Entfernten Verwandten und Freunden gebe ich in meinem und der Meinigen Namen die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, Oberst M. Zeroni, gestern Abend nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Ich bitte um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 25. Januar 1864.

Elise Zeroni, geb. König.

Z.d.686. In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist zu haben:

Vademecum f. Schleswig-Holstein.

Uebersicht des Wissenswerthen über die transalbingischen Herzogthümer. Mit dem Porträt des Herzogs Friedrich und 1 Karte der Herzogthümer. Preis 18 kr.

Z.d.643. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).

Dienstag den 26. Januar 1864.

Erste große Vorstellung.

Einl. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.
Jeden Abend Vorstellung.

Hiermit sage den betreffenden Arbeitgebern und Arbeitern meinen besten Dank für die elegante Ausführung des Baues und der Einrichtung desselben. Zugleich bitte um Einsendung aller Rechnungen, da mein Geschäftsführer, Hr. Ferdinand Peter, in einigen Tagen von Karlsruhe abreisen muß. Hochachtungsvoll

Charles Hinné, Direktor.

Z.d.642. Lenzkirch.

Post- u. Telegraphengehilfe,

ein tüchtiger, mit Zeugnissen versehener, zuverlässiger Mann findet bei großherzogl. Posthalterei eine Stelle. Eintritt kann sogleich geschehen.

Lenzkirch, den 21. Januar 1864.

Ketterer, Posthalter.

Z.d.455. **Lörrach. Geübte Posamenter und Winderinnen finden sofort dauernde Beschäftigung bei sehr gutem Lohne bei Bischoff und Söhne in Lörrach.**

Stellegesuch.

Z.d.599. Ein junger, gut empfohlener Pharmazeut sucht auf 1. April eine Stelle. Offerten befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.d.684. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt

Frisches **franz. Geflügel**, als: schöne große **Chapons** und **Poulardes de Bresse, Perdreaux rouges**, frische **Perrigordtrüffel** 2c., sowie

frische **Turbots u. Solles, Merlans, Cabeljau, Schellfische** (alles billiger), **Laberdan, franz. und engl. Austern, echten Astracan-, Elb-Caviar, Bückinge** zum Rohessen und Braten 2c. 2c.

Kommissions-Artikel-Gesuch.

Waarenmuster oder Kommissionslager jeder Art werden gesucht.

Schriftliche Franko-Offerten unter A B 1 befördert die Expedition dieses Blattes. Z.d.595.

Z.e.416. Ettlingen.

Liegenschaftsversteigerung.

Die in der Gemarkung Ettlingen gelegenen Liegenschaften des Kaufmanns Josef Anton Kretz von hier, bestehend in:

1) 1 Morgen 1 Viertel Wiesen auf den Zehntwiesen, angeschlagen zu . . . 1000 fl.
2) 1 Morgen Wiesen auf den Neuenwiesen, angeschlagen zu . . . . . 800 fl.
3) 2 Viertel Acker bei der Hall, angeschlagen zu . . . . . 250 fl.

und

4) ein und ein halbes Viertel Acker an der Rastatter Straße, angeschlagen zu 200 fl.

Im Ganzen Anschlag . 2250 fl.

werden auf Vollstreckungsverfügung am

Dienstag den 23. Februar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Rathhaus in Ettlingen öffentlich der Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag erlöst wird.

Ettlingen, den 15. Januar 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
Süß.

Z.e.398. Mannheim.

Hausversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird das dem Handelsmann Max Fuld junior von Mannheim eigenthümliche, daselbst an Stadtquadrat Lit. a. H. 4 Nummer 4 gelegene Wohn- und Magazingebäude am

Montag den 29. Februar d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

in dem Rathhause zu Mannheim öffentlich versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis von . . . . . 5000 fl. oder mehr geboten wird.

Die Steigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notar zu jeder Zeit eingesehen werden.

Mannheim, den 21. Januar 1864.

Notar Issel.

Z.d.328. Heidelberg und Karlsruhe.

Concert- u. Cabinet-Flügel, Pianino's, Tafelpian'os, Harmoniums in reicher Auswahl.

Pianoforte- und Harmonium-Lager

von Georg Trau Wwe.

Heidelberg Westl. Hauptstraße 108. — **Karlsruhe** Zähringerstraße 100.

Z.d.673. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt frisch angekommenen vorzüglichen

Strachino di Milano,

Edamer Käs, Fromage de Brie, de Neufchâtel (Bondons), **de Rocquefort, Münsterkäs** in Schachteln, alten **Parmesan-**, vorzüglichen **Chester**, feinsten **Emmenthaler** (Schweizer-), grünen **Kräuter-Käs**, besten **Limburger** (Backstein-) und Rahm-Käs 2c. 2c.

Z.d.605. Nr. 61. Grötzingen, Oberamts Durlach.

Stammholzversteigerung.

In den hiesigen Gemeindewaldungen werden bis

Montag den 1. Februar d. J.,
früh 9 Uhr,

zu Eigenthum versteigert:

23 Stämme Eichen, zu Holländer und Nutzholz,
54 „ Erlen, 4 Ruschen und 1 Weide.

Die Zusammenkunft ist an gedachtem Tage im Bergwald bei den Kalksteinbrüchen.

Grötzingen, den 20. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Kurzmann.
vdt. Jordan, Rathschr.

Z.d.677. Nr. 26. Mahlberg.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Mahlberg läßt am

Donnerstag den 4. Februar d. J.

in ihrem Niederwald, Distrikt Unterwald, gegen Zahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigern:

38 Stämme Eichen, wovon 20 Stück zu Holländerholz sich eignen,
168 Stämme Eschen,
19 „ Erlen,
10 „ Hainbuchen,
6 „ Iffen,
2 „ Linden und
1 Stamm Ahorn.

Die Zusammenkunft findet Morgens 9 Uhr im Schlag am Nonnenweierer Sträßle statt.

Mahlberg, den 22. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Keller.
vdt. Meythaler.

Z.d.678. Gengenbach.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch den 3. Februar d. J., Vormittags 8 Uhr beginnend, läßt die Gemeinde Gengenbach im Kreuzwirthshause zu Strohbach folgende, im Strohbach- und Ziegelwalde lagernde Hölzer gegen Zahlung vor der Abfuhr versteigern:

1) 121 Tannenstämme,
2) 37 Tannenklötze,
3) 63 Eichen,

im Ganzen 13,605 Kubikfuß.

Gengenbach, am 18. Januar 1864.

Gemeinderath.
Abele.
Kaiser.

Z.d.680. Oetigheim, Amts Rastatt.

Holländer-, Bau- und Nutzholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Oetigheim läßt aus ihrem Gemeindewald, Distrikt Striswald, Schlag Nr. 10, bis

Freitag den 5. Februar d. J.,
Morgens 9 Uhr anfangend,

nachbeschriebene Holzsortimente öffentlich versteigern:

17 Eichstämme, welche sich zu Holländer-, Bau- und Nutzholz eignen,
52 geringere Eichen, worunter sich mehrere Abschnitte befinden,
31 Pappelstämme, welche sich vorzüglich zu Schnittwaaren eignen,
21 vorzügliche Buchen,
46 Erlen,
148 Weiden.

Die Zusammenkunft ist im Waldschlag neben der Straße von Oetigheim gegen Steinmauern.

Oetigheim, den 23. Januar 1864.

Das Bürgermeisteramt.
Weingärtner.
vdt. Kühn, Rathschreiber.

Z.d.683. Nr. 93. Graben. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald Büchenauer Hardt werden versteigert,

Freitag den 5. Februar l. J.:

35 Stämme Eichen, 4 Stämme Eschen, 2 Stämme Rothbuchen, 6 Stämme Weißbuchen und 34 Stämme Erlen, Nutzholz; 76½ Klftr. buchenes, 23 Klftr. eichenes, 61½ Klftr. erlenes Scheitholz; 12½ Klftr. buchene und 42½ Klftr. gemischte Prügel; 67¼ Klftr. gemischtes Stockholz; 1300 Stück buchene und 4025 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr in der Hardt auf der alten Straße beim Häusle.

Graben, am 25. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Menzer.

Z.d. 681. Forstamt Neuenbürg, Revier Langenbrand. Holzverkauf am Freitag den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr, auf dem Rathhause in Waldrennach bei Neuenbürg aus den Staatswaldungen Bühl, Ulrichswald, Brennerwäldle, Hausackerwald, Hirschgarten, Seelach und Sackberg:

14,435 Hopfenstangen, 14,000 Bohnen-, Reb- und Baumpfähle.

Neuenbürg, den 20. Januar 1864.

K. Forstamt.
Lang.

Z.e.407. Nr. 327. Baden. (Schuldenliquidation.) Gegen Handelsmann und Konditor Leopold Kaltenbach von Baden ist Gant erkannt und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Montag den 1. Februar 1864,
früh 8 Uhr,

auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.

Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlaßvergleiche versucht, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Den im Auslande wohnenden Gläubigern wird aufgegeben, bis in dieser Tagfahrt einen im Orte des Gerichts wohnenden Gewalthaber namhaft zu machen für den Empfang aller Einhändigungen, welche nach den Gesetzen der Partei selbst oder in dem wirklichen Wohnsitze derselben geschehen sollen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie dem Beklagten eröffnet oder eingehändigt wären, nur an dem Sitzungsorte dee Gerichts angeschlagen würden. Die Ernennung des Behändigungsgewalthabers muß in jedem Falle mit einer besondern, in einer öffentlichen Urkunde ausgestellten Vollmacht versehen, wenn die Ernennung nicht von der Partei persönlich vor Gericht geschieht.

Durch Erkenntniß vom 5. d. M., Nr. 146, wurde als Tag des Ausbruchs des Zahlungsunvermögens der 10. September 1863 erklärt.

Baden, den 13. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schultz.

Z.e.430. Nr. 1380. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Ueber die Verlassenschaft des Handelsmanns C. A. Braunwarth hier ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Freitag den 26. Februar 1864,
Vormittags 8 Uhr,

im Rathhaussaal anberaumt worden.

Es werden daher alle Diejenigen, welche Ansprüche an die Masse machen wollen, aufgefordert, solche in der angeordneten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, die der Anmeldende geltend machen will, und über die Klagthatsachen Beweis anzutreten.

In derselben Tagfahrt wird auch der Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, auch ein Borg- und Nachlaßvergleich versucht, und es werden in diesen Beziehungen die Nichterscheinenden als der Mehrzahl der Erschienenen beitretend angesehen.

Die Ausländer haben spätestens bis dahin durch öffentliche Urkunde einen hiesigen Einwohner als Einhändigungsgewalthaber aufzustellen, indem sonst alle künftigen Verfügungen mit voller Rechtswirkung nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.

Karlsruhe, den 23. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Blittersdorff.

Z.e.409. Nr. 1373. Pforzheim. (Schuldenliquidation.) Gegen Karl August Abrecht von hier haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Freitag den 5. Februar 1864,
Nachmittags 4 Uhr,

angeordnet.

Alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden daher aufgefordert, solche in der angesetzten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, die etwaigen Vorzugs- und Unterpfandsrechte, die der Anmeldende geltend machen will, zu bezeichnen, und zugleich die Beweisurkunden vorzulegen, oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten.

In der Tagfahrt soll auch ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, und ein Borg- und Nachlaßvergleich versucht werden.

In Bezug auf Borgvergleich und Ernennung des Massepflegers wird der Nichterscheinende als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Den Ausländern wird aufgegeben, bis dahin einen dahier wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einhändigungen, welche nach den diesseitigen Gesetzen der Partei selbst oder in deren wirklichem Wohnsitze geschehen sollen, anher zu bestellen, widrigens alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der Wirkung der Eröffnung lediglich an die Gerichtstafel dahier angeschlagen werden würden.

Pforzheim, den 18. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Gerstner.

Z.e.429. Nr. 389. Meßkirch. (Zahlungssperre.) Nach Bescheinigung des früheren Besitzes und des Verlustes ohne Wissen und Willen, wird zu Gunsten der Luise Seitz in Philadelphia bezüglich des badischen 35-fl.-Looses, Serie 6049, Nr. 302,412, zu Gunsten der Anna Seitz dahier bezüglich des bad. 35-fl.-Looses, Serie 2453, Nr. 122,644, Zahlungssperre verfügt.

Meßkirch, den 11. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Junghanns.

Z.e.382. A.G.Nr. 533. Radolfzell. (Aufforderung.) Fidel Merk von Horn besitzt in der Gemarkung Böhringen ein Vierling Streuwies in den Bollenwiesen, neben Fidel Merk und den Reichenauer Wiesen in Böhringen.

Da der Erwerbstitel über diese Liegenschaft nicht zum Grundbuche eingetragen ist, so werden auf Antrag des neuen Käufers alle Diejenigen, welche Eigenthumsrechte oder dingliche, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche an genannte Liegenschaft haben oder zu haben glauben, aufgefordert, dieselben

innerhalb 3 Monaten

hier geltend zu machen, widrigens solche dem neuen Käufer gegenüber verloren gehen.

Radolfzell, den 13. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

Z.e.410. Nr. 602. Lahr. (Aufforderung.) Die Ehefrau des Johann Erb VI. Sohn von Friesenheim, Magdalena, geb. Wurth, in Dundenheim, hat auf den Grund der Thatsachen, daß ihr Ehemann sich am 12. April 1853 heimlich nach Amerika entfernte, und durch großh. Oberamt Lahr am 15. December v. J. für verschollen erklärt wurde, unterm 19. v. M. eine Ehescheidungsklage gegen ihren Ehemann mit dem Antrag erhoben:

Die mit dem Beklagten am 17. Mai 1841 abgeschlossene Ehe unter Verfällung des Beklagten in die Kosten für geschieden zu erklären.

Der Beklagte wird deßhalb aufgefordert,

binnen drei Monaten

dahier zu erscheinen und seine Vernehmlassung auf die Klage abzugeben, widrigenfalls er mit derselben und mit seinen Einwendungen ausgeschlossen würde.

Lahr, den 16. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Wundt.

B.684. Nr. 1016. Waldshut. (Bekanntmachung.) Die Gesellschaft Gebrüder Rann in Segeten hat seit 1. November v. J. eine Zweigniederlassung in Oberwihl errichtet. Der Eintrag zum Handelsregister erfolgte heute unter O.Z. 1 des Gesellschaftsregisters.

Waldshut, den 21. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Wänker.

Z.e.419. Nr. 969. Freiburg. (Aufforderung.) Die Wittwe des Georg Rombach von Lehen, Magdalena, geb. Risch, hat dahier um Einsetzung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes nachgesucht. Etwaige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen zwei Monaten anher zu begründen.

Freiburg, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Lang.
Simianer.

Z.e.367. Nr. 190. Krautheim. (Erbvorladung.) Anna Maria Schweitzer und Johann Adam Schweitzer, Bäcker, von Borberg haben sich, Erstere im Jahr 1849, Letzterer im Jahr 1858, nach Amerika begeben und ihr dermaliger Aufenthaltsort ist diesseits unbekannt.

Dieselben sind nun zur Erbschaft ihrer Mutter, der Martin Schweitzer's Ehefrau in Borberg, berufen und werden hierdurch öffentlich aufgefordert,

binnen 3 Monaten,

von heute an, zur Empfangnahme dieser Erbschaft dahier sich zu melden, widrigenfalls diese Erbschaft lediglich Denen zugetheilt wird, welchen sie zukäme, wenn sie, die Abwesenden, zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wären.

Krautheim, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Schleinkofer.
Notar Frank.

Z.e.424. Nr. 396. Meßkirch. (Aufforderung.) Nachdem ermittelt worden ist, daß die in dem Ausschreiben vom 1. Oktober 1863, Nr. 6013, beschriebenen Personen sich

Anton Leiteke (August Büdele) und Peter Knippschild (Gnipschild) aus Bödefald (Wedefeld)

nennen, wird die in dem Ausschreiben enthaltene Aufforderung an diese drei Personen wiederholt.

Meßkirch, den 17. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Junghanns.

Z.e.415. Nr. 546. Müllheim. (Aufforderung.) Nachträglich zu unserem Ausschreiben in der Beilage zu Nr. 290 dieser Zeitung wird der Beklagte Wilhelm Vetter von Schalfingen hiemit aufgefordert,

binnen 14 Tagen

einen hier wohnenden Einhändigungsgewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie dem Beklagten eröffnet wären, nur an unserer Gerichtstafel angeschlagen würden.

Müllheim, den 19. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. v. Rotteck.

Z.e.406. Nr. 968. Bühl. (Aufforderung.) Bei der am 18. Dezember v. J. stattgehabten Rekrutenaushebung sind folgende Pflichtige unentschuldigt ausgeblieben:

1) Josef Dresel von Eisenthal, Loos-Nr. 2;
2) Wilhelm Hipp von Ottersweier, Loos-Nr. 68;
3) Leopold Frank von Bühl, Loos-Nr. 106;
4) Theodor Rebholz von Neusatz, Loos-Nr. 184;
5) August Singler von Steinbach, Loos-Nr. 272.

Dieselben werden aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

dahier zu stellen, widrigens sie als Refraktäre behandelt, des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 800 fl. verfällt würden.

Zugleich wird das Vermögen derselben mit Beschlag belegt.

Bühl, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Stigler.
Graf.

Z.e.385. Nr. 677. Kenzingen. (Entmündigung.) Elisabetha Haberstroh von Hecklingen wurde durch diesseitiges Erkenntniß vom 22. Dezember v. J., Nr. 10,807, wegen Geisteskrankheit entmündigt und heute Xaver Striegel von Hecklingen als deren Vormund handgelübdlich verpflichtet.

Kenzingen, den 19. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Dilger.

Z.d.675. Pfullendorf.

Freie Gehilfenstelle.

Der Unterzeichnete sucht einen geübten Gehilfen. Eintritt 15. April; Gehalt 350 fl.

Pfullendorf, am 22. Januar 1864.

Steuerperäquator.
Burger.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit zwei Beilagen.